



Dokumentation

*Die Zukunft, die wir wollen -
das Hamburg, das wir brauchen*

Dritter Hamburger Ratschlag zur
Umsetzung der UN-Agenda 2030
für nachhaltige Entwicklung

Freitag, den 10. November 2017
13.00 bis 19.00 Uhr,
Baseler Hof, Esplanade 11, 20354 Hamburg



Vorwort

Der dritte Hamburger Ratschlag im Baseler Hof konnte erfolgreich an die Vorarbeit des zweiten und ersten Ratschlags anknüpfen. Über 90 Teilnehmende von insgesamt 17 Nicht-Regierungsorganisationen, Bürgerschaftsabgeordnete, VertreterInnen von Behörden und Bürgerschaft spiegeln das rege Interesse der Zivilgesellschaft an der Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDG) wider.

Nach einer Begrüßung durch Prof. Dr. h.c. Randzio-Plath, Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins für die Veranstalter, Marie-Schlei-Verein e. V., Zukunftsrat Hamburg, Eine Welt Netzwerk Hamburg, W3 – Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V., folgte ein Grußwort von Herrn Staatsrat Pollmann, Behörde für Umwelt und Energie, zu den Herausforderungen und Zielen des Hamburger Senats bei der Umsetzung der SDG.

Im Anschluss wurden in vier Dialogrunden die Forderungen des zweiten Ratschlags hinsichtlich ihrer Umsetzung mit VertreterInnen von Behörden und Bürgerschaft diskutiert.

Inhalt

<i>Einladung</i>	4
Kurzzusammenfassung.....	5
Die konkreten Forderungen:.....	8
Umwelt, Klimaschutz und Energie (SDG 13, 15).....	8
Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und Globales Lernen (SDG 4).....	8
Menschenrechte, Wirtschaft und Arbeitswelt (SDG 8).....	9
Nachhaltige Stadtentwicklung (SDG 11).....	9
Ungleichheit beenden, Armut bekämpfen, Geschlechtergerechtigkeit fördern (SDG 10, 5, 1).....	10
Zusammenfassung der Dialogrunden:.....	11
Dialogrunde Umwelt und Stadtentwicklung, 14.00 – 14.45.....	12
Dialogrunde Wirtschaft und Finanzen, 14.45 – 15.30.....	14
Dialogrunde Soziales und Gleichstellung, 16.15 – 17.00 Uhr.....	16
Dialogrunde Bildung und Wissenschaft, 17.00 – 17.45.....	18
Organisation und Impressum.....	20

Gemeinsame Forderungen und Handlungsfelder zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 in Hamburg durch die Hamburger Politik:

<http://www.2030hamburg.de/>



Die Zukunft, die wir wollen- Das
Hamburg, das wir brauchen

Hamburger Ratschlag zur
Umsetzung der UN-Agenda 2030
für nachhaltige Entwicklung

Freitag, den 10. November 2017

13.00 bis 19.00 Uhr,

Baseler Hof, Esplanade 11, 20354 Hamburg

Der Ratschlag wird organisiert von:



MARIE-SCHLEI-VEREIN e.V.
Hilfe für Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika
Assistance for Women in Africa, Asia and Latin America



ZUKUNFTSRAT
HAMBURG
DAS NETZWERK FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Beteiligte Organisationen:



Landesfrauenrat
Hamburg e.V.



Finanziell gefördert von:



Hintergrund ©Lisa
Schwarz/pixelio.de

Einladung

Hamburg macht sich mit seiner Senatsdrucksache 21/9700 auf den Weg zu ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit. Wie und wo soll die Umsetzung erfolgen? Zu einer Dialogveranstaltung mit VertreterInnen des Senats, der Hamburgischen Bürgerschaft und der bunten Hamburgischen Zivilgesellschaft wird eingeladen. Der Ratschlag richtet sich primär an VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Vereine, Initiativen und Organisationen.

Zum dritten Hamburger Ratschlag laden 17 Hamburger NRO ein, stellvertretend verantwortlich dafür der Marie-Schlei-Verein, das Eine Welt Netzwerk Hamburg, die W3 – Werkstatt für internationale Kultur und Politik und der Zukunftsrat Hamburg.

Ablauf:

Moderation Dr. Anke Butscher

13.00 Anmeldung

13.30 Einführung: Prof. Dr. h.c. Randzio-Plath

13.40 Begrüßung: Staatsrat Pollmann, Behörde für Umwelt und Energie

14.00 Dialogrunde Umwelt und Stadtentwicklung

14.45 Dialogrunde Wirtschaft und Finanzen

15.30 Kaffeepause

16.15 Dialogrunde Soziales und Gleichstellung

17.00-17.45 Dialogrunde Bildung und Wissenschaft

18.00-19.00 Abschlussdiskussion

Anmeldungen bis zum 06.11.2017 an Hamed Abbaspur, Eine Welt Netzwerk Hamburg, eMail: hamed.abbaspur@ewnw.de

Zur vertiefenden Information finden Sie die Forderungen und Dokumentationen des zweiten Hamburger Ratschlags unter <http://www.2030hamburg.de/825-2/>

Die Veranstaltung wird finanziell unterstützt von der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Kurzzusammenfassung

Begrüßungsrede: Wir sind 15, vor allem von Anfang an Eine-Welt-Netzwerk, W3 – Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V., Hamburger Zukunftsrat und Marie-Schlei-Verein. Wir sind alle Teil einer Bewegung. Wir machen unser Engagement und unsere Verpflichtung deutlich und möglich. Und wir sind Teil der weltweiten Anstrengungen, den Planeten Erde und ein menschenwürdiges Dasein für alle Menschen und künftige Generationen möglich zu machen.

Wir erhoffen uns vom heutigen Dialog mit den Abgeordneten und Behörden Aufklärung über das Hamburger Engagement zur Umsetzung der UN- Agenda 2030. Leider sind nicht alle unserer Einladung zum Dialog gefolgt. Deswegen begrüße ich besonders herzlich Staatsrat Pollmann und die VertreterInnen der Behörden und freue mich, dass es trotz der vielen heutigen Ausschusssitzungen den Bürgerschaftsabgeordneten gelungen ist, teilzunehmen.

Die Agenda 2030 mit ihren nachhaltigen Entwicklungszielen und auch heute aktuell das Pariser Klimaschutzabkommen sind zentrale politische Leitlinien für Deutschland, für die Bundesregierung, aber auch für den Hamburger Senat. 2018 erfolgt die erste Überprüfung. Die Hamburger NRO erwarten, dass Hamburg eine positive Rolle spielt.

Die Hamburger Nachhaltigkeitsagenda wie in der Juni- Drucksache vom Hamburger Senat vorgestellt konzentriert sich auf vier Cluster. Sie erinnern sich: Umwelt und Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Gleichstellung, Bildung und Wissenschaft. Das ist für ein Bundesland verständlich, aber nicht vorbildlich. Schließlich sollen die ökologische, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit unter Inklusion der kulturellen Nachhaltigkeit von allen Akteuren umgesetzt werden. Wie ein roter Faden müssen sich die Agenda- Verpflichtungen durch das Senatshandeln ziehen. Eine Art TÜV sollte etabliert werden, damit Versprechen überprüft werden können. Konflikte sind angesagt, wenn es um das Wachstumsziel geht. Die Wachstumsgläubigkeit und die einseitige Orientierung auf die Heilungskräfte privater Investitionstätigkeit stehen im Kontrast zu den Zielen der UN- Agenda 2030. Das gilt auch für die Arbeitswelt, die durch Hamburger Vorschläge trotz der bevorstehenden Transformationsprozesse strukturell keine Rolle spielt.

Niemand darf zurückgelassen werden: diese Botschaft der UN- Agenda sollte auch im Mittelpunkt der Hamburger Nachhaltigkeitsagenda stehen. Alle sollen mitgenommen werden, besonders die Schwachen. Von daher muss das ehrgeizige Ziel der Halbierung der Armut in Hamburg von zentraler Bedeutung sein. Dies ist eine wichtige Voraussetzung gerade in einem Bundesland mit seinen Zuständigkeiten in der Bildungspolitik und dem Recht auf Zugang aller Menschen unabhängig von Alter,



Geschlecht, Religion und sozialer Herkunft zu qualitativ hochwertiger Bildung. Das Recht auf Bildung ist zu Recht in der UN-Agenda 2030 ein prioritäres Ziel. Was macht Hamburg damit? Die Senatsdrucksache ist aus der Sicht der Nichtregierungsorganisationen ein Erfolg, weil sie Partizipation, Transparenz und Teilhabe propagiert. Niemand weiß etwas über die Umsetzungsfortschritte. Macht Hamburg weiter wie bisher? Darauf erwarten wir Antworten im heutigen Dialog. Unklar ist die Bereitschaft von Hamburg als Bundesland, Akzente in der schwammigen, nicht kohärenten und von weichen Indikatoren geprägten Umsetzungslandschaft zu setzen. Wenn die Bundesregierung als reichstes Land der EU skandalös darauf setzt, in der Armutsbekämpfung besser zu sein als der Durchschnitt der EU-Länder, muss Hamburg Flagge zeigen und die relative Armut halbieren. Ein politisches Signal kann auch die Änderung der Präambel der Hamburger Verfassung sein, die ökologische Nachhaltigkeit um die wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit zu erweitern.

Was steht auf der Agenda Hamburg 2017-2020?

Die Forderungen vom 2. Hamburger Ratschlag sind weitergehend als die Positionierungen und Maßnahmen im Programm des Hamburger Senats. Deswegen fordern wir Rechenschaft, was seit der Verabschiedung der Senatsdrucksache konkret in Hamburg zur Umsetzung der Agenda passiert ist. Deswegen fordern wir auch Aufklärung darüber, inwieweit die ersten Schritte der Umsetzung die Berechtigung der Forderungen des Hamburger Ratschlags infrage stellen. Hamburger Entscheidungen scheinen uns ergänzungsbedürftig im Lichte unserer Forderungen. Gründe für ihre Nichtberücksichtigung sind nicht ersichtlich. Hamburg muss auch akzeptieren, dass trotz der Clusterung der Agenda-Ziele ihre Unteilbarkeit und Gleichwertigkeit ein Gebot ist, das bei der Umsetzung zu berücksichtigen ist. Hamburg teilt dabei nicht nur die Herausforderungen für alle Bundesländer, sondern ebenfalls für die Umsetzung auf Bundesebene. Kohärenz, Transparenz und Partizipation gelten für alle Beteiligten und Inhalte der Umsetzungsprozesse. Wichtig sind dabei Gender Mainstreaming und Gender Budgeting. Sie erleichtern die Transparenz der Umsetzungsprozesse.

In Hamburg stellt sich nicht nur die Frage, wie ökologisch korrekt mit Entwicklung und Fortschritt, Mobilität, Umwelt, Stadtentwicklung, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Finanzen, Sozialraum, Teilhabe und Geschlechtergerechtigkeit umgegangen wird. Bei der globalen Bildung ist Hamburg weiter als in anderen Umsetzungsprozessen. Das gilt nicht für Gewalt gegen Frauen oder Menschenrechte, Wirtschaft und Arbeitswelt. Die wirtschaftliche und soziale Dimension muss mitgedacht werden. Gerade die menschenrechtliche Dimension, vor allem die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten, spielen dabei eine besondere Rolle. Schlüsselemente bleiben nachhaltige Produktion und menschenwürdige Arbeit. Hamburg als internationale Hafen- und Handelsstadt hat dabei eine besondere Verantwortung. Hamburg schreibt den Umweltleitfaden zum Nachhaltigkeitsleitfaden um,

der sozial-ökologische Beschaffung, ILO-Kernarbeitsnormen, die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie *Corporate Social Responsibility* (CSR) einbezieht. Die Unternehmensverantwortung für menschenrechtlich, sozial und ökologisch verträgliche Wertschöpfungsketten ist eine Unternehmens- und Staatenverantwortung. Weitere Schritte für den Ausbau der Fair Trade Town Hamburg über die jetzigen Vergaberegulungen hinaus sind dabei wichtig. Fortschritte werden in Stadtentwicklung und Mobilität gebraucht, die ökologisch und sozial verträglich, aber auch finanzierbar sein müssen.

Ohne eine Partizipation der Zivilgesellschaft wird eine erfolgreiche Nachhaltigkeitsstrategie nicht gelingen. Hamburg muss sich in seinen Partnerstädten gegen jede Einschränkung der Tätigkeit der Zivilgesellschaft einsetzen.

Es muss auch in die politische Bildungsarbeit auf allen Ebenen investiert werden, damit die Umsetzung der UN- Agenda 2030 ein Anliegen aller Menschen in Hamburg werden kann. Gerade die Erfahrungen in Hamburg mit G20 und der Agenda 2030 zeigen, dass ein hoher Dialog- und Handlungsbedarf besteht. Wenn Hamburg auf seine Internationalität stolz sein will, muss neben internationaler Zusammenarbeit in Wirtschaft und Politik auch internationale Solidarität gefördert werden.

Die konkreten Forderungen:

Der Hamburger Ratschlag hat nicht nur eine Umsetzungsagenda vom Hamburger Senat gefordert, sondern Forderungen konkretisiert:

Umwelt, Klimaschutz und Energie (SDG 13, 15)

- a. Hamburg stellt einen Klimaplan zur ernsthaften Umsetzung des Pariser Klimaabkommens auf, dabei sollen bis 2050 nicht mehr als insgesamt 100 t CO₂ pro Einwohner emittiert werden. Dazu wird ein regelmäßiges Monitoring durchgeführt.
- b. Hamburg organisiert über einen Diskussionsprozess die gerechte Lastenverteilung für den Umweltschutz und erstellt dazu einen Fahrplan, der von der Bürgerschaft beschlossen wird.
- c. Umwelt- und Klimaschutz müssen Chefsache werden, dafür entwickelt Hamburg eine Kommunikationsstrategie, die alle Ebenen anspricht, um die Notwendigkeit einer Transformation deutlich zu machen.
- d. Hamburg fördert den Ausbau der ökologischen und solidarischen Landwirtschaft.
- e. Hamburg erlässt Vorgaben zur Dachflächennutzung (Bspw. Dachbegrünung, PV und Windenergie).

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und Globales Lernen (SDG 4)

- f. Die Zivilgesellschaft wird maßgeblich am Steuerungsprozess zur Umsetzung des Ziels 4/4.7 der Agenda 2030 beteiligt, insbesondere an der Konzeption

des Hamburger Masterplans BNE zur Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms BNE 2015-2019. Die dafür benötigten Ressourcen werden der Zivilgesellschaft bereitgestellt.

- g. Der Nationale Aktionsplan BNE sowie der von der Kultusministerkonferenz verabschiedete Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung bilden den Bezugsrahmen für den Hamburger Masterplans BNE.
- h. Die Hamburger Bildungseinrichtungen und Behörden werden im Sinne eines ganzheitlichen BNE-Ansatzes (*Whole Institution Approach*) weiterentwickelt und die dafür notwendigen Ressourcen bereitgestellt.
- i. BNE wird als Grundorientierung und übergreifendes Bildungsziel im Hamburger Orientierungsrahmen Schulqualität und in den Bildungsplänen für alle Schulformen und jedes Unterrichtsfach verankert.
- j. BNE wird schrittweise bis 2025 strukturell in der Aus-, Fort-, und Weiterbildung von Lehrkräften, pädagogischen Fachkräften und MultiplikatorInnen durchgehend verankert.

Menschenrechte, Wirtschaft und Arbeitswelt (SDG 8)

- k. Nachhaltigkeit muss insbesondere in der Wirtschaftspolitik eine größere Rolle spielen. Sie wird im Vergabegesetz, bei der Wirtschaftsförderung, im Hafententwicklungsplan und öffentlichen Investment fest geschrieben, insb. zur Förderung der Daseinsvorsorge.
- l. Neben dem BIP anerkennt der Senat einen regionalen Wohlfahrtsindex zur Steuerung der Stadt, bspw. in Kombination mit den Hamburger Entwicklungs-Indikatoren Zukunftsfähigkeit - HEINZ vom Zukunftsrat Hamburg.
- m. Die Metropolregion stärkt die regionale Wirtschaft, nicht nur die Landwirtschaft.
- n. Hamburg schafft einen größeren Sektor von öffentlich geförderter, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.
- o. Hamburg schreibt den Umweltleitfaden zum Nachhaltigkeitsleitfaden um, der insb. sozial-ökologische Beschaffung, ILO-Kernarbeitsnormen, die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, *Corporate Social Responsibility* (CSR) und einen Hinweisgeberschutz (*Whistleblower*) berücksichtigt.

Nachhaltige Stadtentwicklung (SDG 11)

- a. Hamburg stellt kontinuierlich einen Bestand von mindestens 150.000 angemessenen Wohnungen mit langfristiger / unbefristeter sozialer Bindung (Kostenmiete) mit einem Fehlbelegungsmanagement sicher, Davon werden jährlich 5.000 Wohnungen für Dringlichkeitsfälle mit amtlichen Belegungsrechten verfügbar gehalten.

- b. Hamburg beschließt im Rahmen der Metropolregion mit den Umlandgemeinden „auf Augenhöhe“ konkrete, gendergerechte, integrierte Raum(entwicklungs-)planungen für Wohnungsbau, Gewerbegebiete, Grünzüge / Biotopverbünde, Energie- und Verkehrsinfrastruktur verbindlich und setzt diese gemeinsam um.
- c. Hamburg kompensiert die Verdichtung der Siedlungsstruktur durch weitgehende Erhaltung, Verbesserung und Neuschaffung von Grün- und Naturflächen. Dafür werden vorab – unabhängig von neuen Bebauungsplänen - unter früher Beteiligung der Bevölkerung neben „unantastbaren“ Naturschutzflächen klare Erhaltungs- und Schutzbereiche als „rote Linien“ definiert.
- d. Hamburg erarbeitet einen Mobilitätsentwicklungsplan, der in der Innenstadt und den Stadtteilzentren konsequent der Inklusion, dem Lärmschutz, der Minderung von CO₂-Emissionen und Luftverschmutzung Vorrang einräumt vor dem motorisierten Individualverkehr. Dazu werden probeweise Sperrbezirke für den motorisierten Individual-Verkehr eingerichtet. Hamburg geht stärker gegen die umweltschädlichen Auswirkungen der (Kreuz-) Schifffahrt vor.
- e. Hamburg setzt mit konkreten Beschränkungs-, Entschleunigungs- und (erneuerbaren-) eMobilitäts- Maßnahmen die europäischen Grenzwerte zur Luftreinhaltung um und verbessert messbar den Schutz vor Flug- und Straßenlärm – nötigenfalls auch zulasten wirtschaftlicher Interessen im engeren Sinne.

Ungleichheit beenden, Armut bekämpfen, Geschlechtergerechtigkeit fördern (SDG 10, 5, 1)

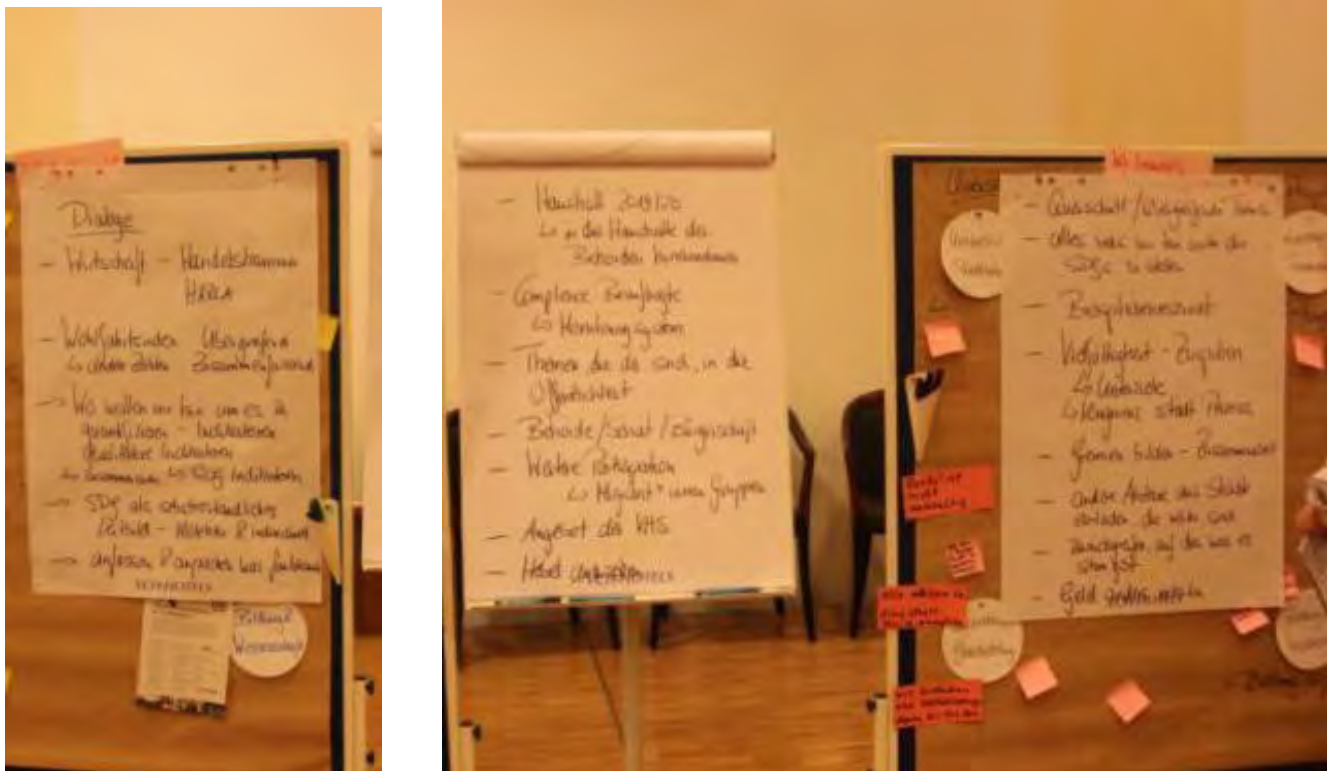
- a. Hamburg halbiert die Armut, um die Ungleichheit zu überwinden. Als Grundlage wird ein Armuts- und Reichtums-Bericht für Hamburg gebraucht.
- b. Hamburg wendet bei der Umsetzung aller Nachhaltigkeitsziele das Gender-Mainstreaming an. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Stadtentwicklung und Infrastruktur. Gender-Mainstreaming wird bei der Planung, Durchführung und Evaluierung politischen Handelns berücksichtigt.
- c. *Gender-Budgeting* prägt den Hamburger-Haushalt ab 2019/20, damit das gleichstellungspolitische Engagement des Senats transparent ist und zu allen Zielen der Agenda 2030 überprüft werden kann. Dazu werden geeignete Indikatoren entwickelt.
- d. Der Hamburger Senat erstellt in jeder Legislaturperiode einen Frauenreport, der über alle Lebensbereiche von Frauen- und Mädchen in Hamburg berichtet.
- e. Hamburg erklärt sich zur gewaltfreien Stadt und fördert nachhaltig präventive Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen.

Zusammenfassung der Dialogrunden:

Mit dem 3. Hamburger Ratschlag fand erstmals ein Dialog der im Hamburger Ratschlag koordinierten zivilgesellschaftlichen Nichtregierungsorganisationen, mit den verantwortlichen und zuständigen Behörden sowie Abgeordneten statt. Zentrales Thema war es, festzustellen, wie der Hamburger Senat mit der Umsetzungsagenda umgeht.

Hierzu bleibt zusammenfassend festzustellen, dass der Eindruck besteht, dass der Senat zwar durchaus in vielen Bereichen um eine Umsetzung der SDG bemüht ist. Es handelt sich jedoch um langsame Prozesse, die vor allem in den Bereichen angelaufen sind, die ohnehin im Koalitionsvertrag von SPD und GRÜNE festgeschrieben wurden.

Dementsprechend war und wird es weiterhin wichtig bleiben, die Rolle der Zivilgesellschaft als *watchdog* in Bezug auf die Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda hervorzuheben. Insbesondere in Bereichen, die nicht oder ungenügend durch den Koalitionsvertrag abgedeckt sind. Dabei bestehen klare Partizipationsansprüche seitens der Zivilgesellschaft am Umsetzungsprozess. Der Senat möchte sich dem stellen und hat auf dem Ratschlag angekündigt, Pläne zu entwickeln, wie die Zivilgesellschaft institutionell ihre watch-dog Funktion wahrnehmen kann.



Dialogrunde Umwelt und Stadtentwicklung, 14.00 – 14.45

Staatsrat Wolfgang Michael Pollmann • Behörde für Umwelt und Energie

Marit Pedersen • Amtsleitung des Amtes für Landesplanung und Stadtentwicklung •
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Olaf Duge • MdHB • Sprecher für Stadtentwicklung und Wohnen • Bündnis90, Die
Grünen

Dr. Monika Schaal • MdHB, Fachsprecherin für Umwelt und Energie • SPD

Dr. Jochen Menzel • Zukunftsrat Hamburg e. V.

Manfred Braasch • Geschäftsführer • BUND

Zunächst wurden insbesondere Probleme des CO₂ Ausstoßes durch den Verkehr und den Erhalt von Grünflächen angesprochen. Außerdem die Notwendigkeit das Kohlekraftwerk Moorburg spätestens 2030 vom Netz zu nehmen. Zu guter Letzt könnten die vom Senat vorgegebenen 10.000 Baugenehmigungen auch eine Chance für den Klimaschutz sein, wenn endlich nicht nur Minimalstandard Häuser sondern energiesparende Passivhäuser gebaut würden. Demgegenüber wurden von Behördenseite die Erfolge des Senats bei der Wärmeversorgung der Stadt hervorgehoben. Ebenso wurden die Potenziale aufgezeigt, wenn in diesem Bereich komplett auf Kohle verzichtet würde. Außerdem beabsichtige der Senat alle Busse auf elektrische Antriebe um zu stellen. Die Roten Linien für den Schutz von Naturschutzgebieten, wie sie der Hamburger Ratschlag vorschlägt, wären wichtig. Schlussendlich müsste die Zivilgesellschaft auch untereinander Überzeugungsarbeit für die SDG leisten, wenn es um Fragen wie Nachverdichtung, PKW-Sperrbezirk und Bau von Passivhäusern ginge.

Im Übrigen wurde die Forderung des Ratschlags angesprochen, den Sozialen Wohnungsbau deutlich zu intensivieren, diesen endlich wieder an der Wohn-Gemeinnützigkeit zu orientieren, den Innenstadtbereich autofrei zu gestalten und den ÖPNV günstiger zu machen. Die Bedeutung der SAGA wurde hervorgehoben, man sei auf einem guten Weg beim Wohnungsbau. Man prüft gerade ein größeres Segment an Wohnungen von max. 8 €/qm auf den Markt zu bringen und startet dazu Pilotprojekte. Außerdem sei ein großes Investment in den ÖPNV und öffentlichen Infrastruktur nötig. Innenstädte müssten zukünftig Emissionsfrei werden, der „MIV“ (motorisierter Individual Verkehr) über Sperrbezirke wie bereits in der Mönckebergstr. realisiert.

Zuletzt wurde in dieser Dialogrunde die besonders prekäre Wohnungssituation von Geflüchteten angesprochen, sowie die Notwendigkeit langfristig Wohnungsbau zu planen und dabei den nachlassenden MIV zu bedenken. Stichworte waren hier die frei werdenden Parkplatzflächen und die dann mögliche Wohnbebauung in der Nähe ehemals größerer Straßen. Im sozialen Wohnungsbau müsse Wien ein Vorbild für Hamburg sein.



Dialogrunde Wirtschaft und Finanzen, 14.45 – 15.30

Dr. Ulrike Klocke • Referat Grundsatzangelegenheiten Vergaberecht • Finanzbehörde
Michael Westenberger • MdHB, Fachsprecher für Wirtschaft und für Europa • CDU
Berthold Bose • Landesbezirksleiter • ver.di
Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath • 1. Vorsitzende • Marie-Schlei-Verein e. V.
Dr. Martin Duensing • Leiter des Referats Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik,
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Die Runde wurde mit der Feststellung eröffnet, dass bei allem Diskurs über die Verantwortung der Stadt Hamburg, die individuelle Verantwortung bestehe und nicht vergessen werden dürfe. Ein wichtiges Steuerungselement im Bereich der Wirtschaft, sei das Hamburgische Vergabegesetz. Olaf Scholz Forderung nach einem 12 € Mindestlohn wurde begrüßt. Die Vergabe von Flächen an Amazon, einem Unternehmen welches sich dem Dialog mit den Gewerkschaften entzieht und die Tatsache, dass es im Schnitt seinen LagerarbeiterInnen nur ca. 10 € zu zahlt, sei aber kritisch zu sehen. Außerdem müsse Hamburg seinen Einfluss auf globale Lieferketten geltend machen. Die Ungerechtigkeit des Globalen Handels sei erdrückend und die Notwendigkeit dort anzusetzen dringend notwendig. Der Globalisierung und Digitalisierung könne man sich nicht entziehen. Wer behauptete, mit „Grenzen und Schießbefehlen Lösungen zu bieten“, müsse politisch verlieren. Wichtig seien komplexe Antworten. Unterschiedlich fiel die Bewertung der Frage aus, ob es dafür keine (staatlichen) Regelungen mehr bräuchte und ob die Dynamik in der Zivilgesellschaft ausreichen würde.

Einig war man darüber, den Hafen in den STEP einzubeziehen. Zu lange habe im Hafen Umweltschutz und Nachhaltigkeit kaum eine Rolle gespielt. Andererseits müsse der Wirtschaftsstandort Hamburg erhalten werden. Um dem „ewigen Wettbewerbsargument“ zu entgehen, wären Regelungen auf überregionaler Ebene wichtig. Denn insgesamt sei Hamburg leider ziemlich eingeschränkt, nur in wirklich föderalen Themen habe man mehr Entscheidungsspielraum. Die Aufnahme von Geflüchteten sei jetzt schon ein erfreuliches, großes öffentliches Investitionsprogramm gewesen, wichtig wäre nun in Bildung zu investieren. Zusätzliche Regelungen könnten dabei durchaus wichtig sein.

In der Dialogrunde wurde außerdem die wichtige Hebelwirkung des öffentlichen Beschaffungssektors hervorgehoben. Dort müssen weiter Fortschritte gemacht, insbesondere die ILO-Kernnormen müssten endlich verankert werden.

Der Notwendigkeit, die öffentliche Beschaffung an hohen sozialen und ökologischen Standards zu orientieren wurde allgemein beigepllichtet. Die Behörde würde hierbei schon Erfolge erzielen. Allerdings, so die Behördenseite, sei es bspw. quasi unmöglich im Bereich der Computerbeschaffung 100 % sicher zu gehen, dass diese Standards eingehalten werden, Stichwort seltene Erden. Man sei aber auf dem Weg dies über Verbesserungsberichte einzugrenzen. Dem wurde von den zivilgesellschaftlichen

Teilnehmenden entgegengehalten, dass in Schweden und der Gemeinde Germersheim durchaus sichergestellt werde, dass bspw. keine Hardware gekauft wird, die Koltan aus Kinderarbeit enthalten. Dies müsse Vorbild für Hamburg sein.



Dialogrunde Soziales und Gleichstellung, 16.15 – 17.00 Uhr

Jürgen Gallenstein • Abteilungsleiter Amt für Arbeitsmarktpolitik • Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Norbert Hackbusch • MdHB, Fachsprecher für Haushalt, Kultur, Hafen & öffentliche Unternehmen • DIE LINKE

Cornelia Creischer • 1. Vorsitzende • Landesfrauenrat Hamburg e.V.

Klaus Wicher • 1. Landesvorsitzender • Sozialverband Deutschland e. V., Landesverband Hamburg

Andrea Terschüren • Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung

Dr. Thomas Mirbach • Geschäftsführender Vorstand • Johann Daniel Lawaetz-Stiftung

Die Dialogrunde wurde mit der Bemerkung eröffnet, dass gerade Alters- und Kinderarmut brennende Anliegen zu „Soziales“ im Rahmen der SDG seien. Olaf Scholz hätte gerade für letzteres mit der Festlegung, niemanden zurück zu lassen, die gezielte Unterstützung betroffener Gruppen richtig angekündigt und soweit umgesetzt. Trotzdem könne Hamburg hier mehr leisten, denn dieser Bereich würde auf kommunaler Ebene viele Spielräume bieten. Wo es brennen würde, könne jedeR im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung lesen. Ungleichheit sei in Hamburg ein riesiges Problem. Gute Beschäftigung sei das beste Mittel um Armut entgegenzuwirken und vorzubeugen. Allerdings müssten gerade Alleinerziehende gezielt unterstützt werden.

Gemahnt wurde darüber hinaus, dass Armut, oder die Gefahr von Armut auch das politische Risiko einer „Frustrationswahl“ berge, wie man es in der Bundestagswahl gesehen hätte. Diese aus losem Protest gewählten Parteien würden die Ungleichheit aber nur verstärken und das Problem so noch vergrößern. All dies berge das große Risiko gesellschaftlicher Destabilisierung. Außerdem brauche Hamburg einen eigenen Armuts- und Reichtumsbericht.

Drastisch hervorgehoben wurde in der Dialogrunde, dass Armut ein Geschlecht habe – dies sei weiblich. Dieses Problem müsste viel offener angesprochen und behandelt werden. Viel stärker müsste *Gender-Mainstreaming* berücksichtigt werden, ein Frauenreport, der seit Jahren gefordert würde, fehle und Gewalt gegen Frauen müsse endlich explizit geächtet und bekämpft werden.

Generell wurde angemerkt, dass es wichtig sei nicht von „der Politik“ zu sprechen, sondern die immer klarer werdenden Bruchlinien im politischen Spektrum zu benennen. Wichtig seien konkrete politische Zusagen und die Artikulation von realistischen Maximalzielen. Hier sei der Ratschlag ein sehr wichtiges Treffen und die Senatsdrucksache zu den SDG ein großer Erfolg, zu dem man herzlich gratulieren könne.

Abschließend wurde in der Dialogrunde aus der Praxis der Behörde die Schaffung von Datengrundlagen durch Berichte als sehr wichtig hervorgehoben. Hier fehlten bisher genderspezifische Indikatoren, weswegen man diese erst in der Aufstellung des Haushaltsplans für 2019/2020 besser berücksichtigen könne. *Genderbudgeting* sei der richtige Weg, aber für die noch erforderliche Überzeugungsarbeit wäre das Abwarten der Berichte nötig, dies würde noch Zeit benötigen.

Auch die Notwendigkeit von Datengrundlagen über Reichtumsverteilung wurde benannt, denn schlussendlich sei Armut immer eine Frage von Verteilung. Die Vermögenssteuer hätte früher diese Daten geliefert, dazu müsse man zurück.



Dialogrunde Bildung und Wissenschaft, 17.00 – 17.45

Birgit Stöver • MdHB • stellvertr. Fraktionsvorsitzende • Fachsprecherin für Schule und für Gesundheit • CDU

Uwe Giffei • MdHB • Mitglied des Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung, Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration sowie des Schulausschuss der Bürgerschaft • SPD

Jörg-Robert Schreiber • Hamburger Bildungsagenda

Dr. Hans- Werner Fuchs • Leiter Referat Gesellschaftswissenschaften • Behörde für Schule und Berufsbildung

Marlene Schnoor • Fachliche Geschäftsführung, Sprecherin • Hamburger Volkshochschule

Die Runde wurde mit der Bemerkung eröffnet, dass Nachhaltigkeit vor allem eine Bildungsfrage sei und die Forderungen des Hamburger Ratschlags dazu benannt. Es sei zu begrüßen, dass der Senat angekündigt habe, einen eigenen Masterplan zu entwickeln und die Wichtigkeit des *whole-institutional-approachs* betont. Große Potenziale würden bspw. noch in einer stärkeren Zusammenarbeit mit den Hochschulen schlummern.

Der Schlüsselrolle von Bildung wurde allgemein zugestimmt. Wichtig sei bspw. konkrete Bildung zum Umweltschutz mit plastischen Beispielen, wie Wasser sparen und Mülltrennung. Da aber vorrangig auf gute Fachausbildung geachtet werden müsste, sei die Integration von Nachhaltigkeit in die Fachausbildung wichtig.

Bei aller Notwendigkeit einer Konzentration auf die Defizite, seien in den letzten Jahren in Hamburg und Deutschland jedoch große Fortschritte erzielt worden. Die Gebührenfreiheit der Kitas, die weitgehend umgesetzte Inklusion und der massive Ausbau von Ganztageschulen seien bspw. enorme Erfolge der Hamburger Politik unter Rot-Grün.

Die Erwachsenenbildung als eine elementare Voraussetzung für Lebenslanges Lernen sei jedoch leider viel zu oft unterschätzt worden. Sie sei gelebte Bildung für alle, die lokal und mit möglichst geringen Zugangshürden angeboten würde. Deswegen müsste sie besser gefördert und thematisiert werden. Die Volkshochschulen würden zudem gerade das Thema Diversität und Teilhabegerechtigkeit prominent auf die Tagesordnung heben.

Abschließend wurde in der Dialogrunde die Breite der SDGs dargestellt und die Schwierigkeit verdeutlicht, zwischen den Zielen den geeigneten Mix zu finden. BNE sei aber natürlich ein besonders wichtiges Ziel, die Herausforderungen und Potenziale seien in der Runde gut benannt. Insgesamt sei man im Rahmen von Hamburgs Möglichkeiten auf einem guten Weg.



Organisation und Impressum

Organisation: Christa Randzio-Plath (Marie-Schlei-Verein e. V.), Kirsten vom Heu (Marie-Schlei-Verein e. V.), Stephanie Gokel (Zukunftsrat Hamburg), Hamed Abbaspur(Eine Welt Netzwerk Hamburg), Karsten Weitzenegger (SID Hamburg), Naciye Demirbilek (W3_Werkstatt für Internationale Kultur und Politik)Dokumentation,

Redaktion und Fotos: Janwillem van de Loo, Janwillem@vandeloo-online.eu

Verantwortlich: Christa Randzio-Plath, Vorsitzende (ViSdP)Marie-Schlei-Verein e. V.Grootsruhe 4, D-20537 Hamburg

Der Ratschlag wird organisiert von:



MARIE-SCHLEI-VEREIN e.V.
Hilfe für Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika
Assistance for Women in Africa, Asia and Latin America



**ZUKUNFTSRAT
HAMBURG**
DAS NETZWERK FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Beteiligte Organisationen:



Finanziell gefördert von:

